

Volks-Zeitung

Amerikanischer Eindecker will in 23 Tagen rund um die Welt fahren



Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Das neue medizinische Forschungs-Institut in Heidelberg

Fricks neuer Streich / Heimwehr-Entwaffnung Busch-Sensation im Kunert-Prozess

Obstruktion in Preussen

Beschlussunfähigkeit auch bei der Etatsabstimmung

O. N. Der preussische Landtag erlebte gestern wieder einmal das unwürdige Schauspiel einer Obstruktion, die sich nicht nur auf Kommunisten und Nationalsozialisten beschränkte, sondern auch die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen gaben bei den Schlussabstimmungen über die Grundvermögenssteuer sowie über den Gesamthaushalt keine Stimmkarten ab und führten damit planmäßig die Beschlussunfähigkeit des Hauses herbei. Es muss allerdings gesagt werden, dass auch die Regierungsparteien unerhört lässig waren. Fehlten doch bei der ersten Abstimmung über die Grundvermögenssteuer nicht weniger als 63 Mitglieder der Regierungsparteien, und zwar ein Demokrat, elf Zentrumslaute und 51 Sozialdemokraten. Die Erhöhung der Grundvermögenssteuer wird nunmehr durch den ständigen Ausschuss im Wege der Notverordnung in Kraft gesetzt werden. Das ist ein überaus bedenkllicher Weg, und die Koalitionsparteien haben allen Grund, ihren Schwänzern einmal nachdrücklich auf den Zahn zu fühlen. Bei der Schlussabstimmung über den Etat hatte sich das Verhältnis etwas gebessert. Hier wurden 222 Karten abgegeben, es fehlten also an der Beschlussfähigkeit nur vier Stimmen. Wieder beteiligte sich von der Opposition nur die Deutsche Fraktion, d. h. also die christlichnationalen Bauernvertreter sowie die Welfen und die beiden Volksrechtsparteiler. Die andern Parteien der Rechten schrien und johlten durcheinander und suchten sogar die Mitglieder der Deutschen Fraktion an der Abstimmung zu hindern. Nationalsozialisten und Volksparteiler, Ladendorfer und Deutschnationale führten wahre Indianertänze der Freude und der Verbürdung über ihre Sabotage auf. Ein unwürdiges Schauspiel, von dem die verantwortungsbewusste Haltung der Männer um den greisen Grafen Posadowsky um so wohlthuender abstach!

Es ist natürlich das gute Recht jeder Oppositionspartei, Steuervorlagen und Haushalte der Regierungskoalition abzulehnen. Niemand verlangt, dass die Opposition die Annahme von Regierungsvorlagen auch nur durch Stimmenthaltung ermöglicht. Aber was die preussischen bürgerlichen Oppositionsparteien zusammen mit den kommunistischen Oppositionsparteien betreiben, das ist nicht Opposition, sondern Obstruktion! Ihre anwesenden Abgeordneten geben überhaupt keine Karten ab und führen somit die Beschlussunfähigkeit des Landtags künstlich herbei, nachdem sie erst selber namentliche Abstimmung beantragt haben. Im Reichstag hüten sich die Herrschaften vor der gleichen Taktik; denn dort besteht die Bestimmung, dass für jede Abstimmung, bei der man fehlt, die Tagesdritten in Abzug zu bringen sind. Es ist ein trauriges Zeichen parlamentarischen Tiefstandes, dass die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei offenbar erst der Erziehung durch den Diätenabzug bedürfen, ehe sie für eine sachliche Opposition zu haben sein werden!

Natürlich muss die Schlussabstimmung für den Gesamtetat wiederholt werden. Der Landtag hat sich auf den 16. Juni vertagt, und er wird dann bis 23. Juni zusammenbleiben, um danach in die grossen Ferien zu gehen. Es ist fraglich, ob in diesem kurzen Sommerabschnitt noch ein beschlussfähiges Haus zustande zu bringen ist. In diesem Falle entstehen für die Finanzbearbeitung allerlei Schwierigkeiten. An sich kann natürlich der Finanzminister alle Ausgaben im bisherigen Rahmen tätigen. Aber die Neubewilligungen können nicht in Kraft gesetzt werden. So hat zum Beispiel der Landtag einen Grenzfonds von 14 Mil-

Panzerkreuzer B abgelehnt

Er kommt aber im nächsten Jahre wieder / Die Regierung legt 1931 ein Bau-Programm vor / Erklärung Groeners im Reichstag

Im Reichstag gab gestern Reichswehrminister Gröner im Einvernehmen mit dem Reichskanzler eine Erklärung ab, wonach die Regierung ein Marinebauprogramm mit dem Etat für 1931 vorlegen wird, so dass erst im nächsten Jahre die erste Rate für den Panzerkreuzer B angefordert werden wird. Bei der Abstimmung wurde der deutsch-nationale Antrag auf Einstellung der ersten Baurate des Panzerschiffs B in den diesjährigen Etat mit 270 gegen 129 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Für den Antrag haben die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlichnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei gestimmt.

Der kommunistische Misstrauensantrag gegen den Reichswehrminister wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Die Sozialdemokraten übten dabei Stimmenthaltung mit Ausnahme des Abgeordneten Severing, der gegen den Misstrauensantrag stimmte.

Zum Haushalt des Landheeres werden die von den Regierungsparteien beantragten

Streichungen bei den einmaligen Ausgaben für Neubauten angenommen.

Alle weiteren Streichungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten werden abgelehnt, ebenso wie die deutsch-nationalen Anträge auf Erhöhung einzelner Positionen. Angenommen wird die Ausechuse-Entscheidung, die die Regierung ersucht, die Garnison Lindau bestehen zu lassen und die Garnisonen Müllsch (Schlesien) und Gumbinnen in unverminderter Stärke zu belassen. In der Entschliessung wird weiter gefordert, dass vom nächsten Etat ab die angeforderten Ausgaben für Neubauten von Kasernen und Neuanlagen von Übungsplätzen durch Einnahmen aus der Veräusserung entbehrliehen militärischen Eigentums gedeckt werden. Im

Haushalt der Reichsmarine

werden die fortdauernden Ausgaben nach den Beschlüssen des Ausschusses bewilligt. Bei den einmaligen Ausgaben wird die zweite Baureate von 9,7 Millionen für das Panzerschiff A in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 184 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 7 Stimmenthaltungen bewilligt. Das Abstimmungsergebnis wird mit Pfui-Rufen rechts und Bravo-Rufen links aufgenommen. Ein Antrag der Regierungsparteien auf Streichung von 400 000 Mark bei der Werft von Wilhelmshaven wird unter grosser Heiterkeit durch eine Mehrheit der Oppositionsparteien abgelehnt. Der Etatsrest wird bewilligt. (Siehe auch Seite 3.)

Zeppelins Brasilien-Fahrt

Grosser Empfang in Rio de Janeiro vorbereitet — Reisedauer etwa 20 Stunden

PERNAMBUCO, 23. Mai.

Die Ergänzung des Betriebsstoffes des „Zeppelin“ wurde heute nachmittag beendet. Inoffiziell wurde bekanntgegeben, dass der „Zeppelin“ um 8 Uhr Lokalzeit nach Rio de Janeiro weiterfliegt. Er gedenkt Rio in 20 oder weniger Stunden zu erreichen. Die Fahr Gäste besuchten Pernambuco und Umgebung, während dem besichtigten die Einwohner Pernambuco und der Nachbarorte den „Zeppelin“ aus der Entfernung, da während der Anfliegen selbst Journalisten dem „Zeppelin“ nicht näher treten dürfen.

New-York, 23. Mai.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Rio berichten dortige Blätter: Brasilien trägt 12 000 Dollars zu den Kosten für die Fahrt des „Zeppelin“ von Pernambuco nach Rio bei. Angesichts des nur auf drei Stunden bemessenen Aufenthalts des Luftschiffes findet nur auf dem Landungsplatz ein

Empfang statt, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen sind.

„Evening Post“ bemerkt in einem Leitartikel zur Fahrt des „Zeppelin“, er habe den Fahrplan mit einer Regelmässigkeit durchgeführt, welche die Ozeandampfer erst viele Jahre nach der Einführung eines regelmässigen Dienstes erreichten. Diese Regelmässigkeit sei für den „Zeppelin“ etwas Selbstverständliches. Die auf Geheiss Dr. Eckeners Meere und Kontinente überquerenden Zeppelin-Flüge werden schon zu etwas Alltäglichen.

NEW-YORK, 23. Mai.

Wie „Daily News“ erfahren, ist Clarence Chamberlain beim

Bau eines Riesenflugzeuges,

mit dem er noch in diesem Sommer einen Transatlantikflug, möglicherweise auch einen Weltumrundung versuchen wolle, um den Rekord des „Graf Zeppelin“ zu schlagen.

tionen neubewilligt. Aus diesen Mitteln sollen in den Grenzprovinzen, insbesondere im nortelidenden Osten, die akutesten Notstände gemildert werden. Bevor nicht der Landtag durch gültigen Beschluss den Etat im ganzen bewilligt hat, können diese Gelder nicht ausgegeben werden. Aber was schert das die Deutschnationalen und die Volksparteiler, die Wirtschaftler und die Nationalsozialisten? Man schimpft weiter auf die Regierung, die den nortelidenden Gebieten helfen will, und man wird tapfer verschweigen, dass man durch die eigene Stimme das positive Eintreten des Staates für die Linderung der Nöte verhindert hat. Es muss die Aufgabe der Regierungsparteien

sein, das volksfeindliche Verhalten dieser Parteien gebührend anzunageln. Zum andern aber ist es dringend notwendig, über Mittel und Wege nachzusinnen, die diese Form der Obstruktion unschädlich macht.

Notwendige Kontrolle

Die demokratische Fraktion hat im Reichstag beantragt, die Lieferungsverträge des Reichs dem Rechnungshof zur Nachprüfung der Angemessenheit der Preise vorzulegen und dem Reichstag darüber besonderen Bericht zu erstatten.